

# Soziale-Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

1919.

Nr. 530.

Halle, Dienstag, den 11. November.

## Erklärungen des Admirals von Capelle.

Fortsetzung der Beratungen des Untersuchungsausschusses. — Der Tod des Kardinals von Hartmann.

### Admiral von Capelle gegen Struve.

Berlin, 11. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die Beratungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurden heute vormittag nach mehrstündiger Unterbrechung wieder aufgenommen. Der Vorsitzende, Abgeordneter Wasmuth, brachte zu Beginn der Sitzung ein Telegramm des Reichs-Ministerpräsidenten Prof. Sarras zur Verlesung, in dem dieser gegen die Behauptung des Admirals Koch Einspruch einlegt, daß der Erklärung des unbeschränkten U-Boottkrieges sein Rat eingelegt sei. Abgeordneter Wasmuth kam dann auf die widerholten Behauptungen des Admirals Koch zurück, daß die englische Friedensbereitschaft um die Mitte des Jahres 1917 durch eine Indultaktion, nämlich durch die Bewilligung des geheimen Vertrages des Grafen Gernini, gehindert worden sei. Abgeordneter Wasmuth erklärte dazu, daß dies eine rein persönliche Auffassung des Admirals Koch wäre und daß die Richtigkeit dieser Behauptung erst von Ansicht nachgeprüft werden solle.

Hierauf nahm zu längeren Redenungen der frühere Staatssekretär des Reichs-Marineamtes von Capelle das Wort. Er wandte sich ausführlich gegen die Zeugenaussage des Hg. Dr. Struve aus der Freizeitschrift: Dr. Struve hat mir zwei schwere Verwürfe gemacht. Ich soll einmal während meiner Amtszeit nicht genügend U-Boote gebaut und dann soll ich den Reichstag getuschelt haben. Ich habe mir sofort nach der letzten Sitzung von der Admiralität eine Zusammenkunft über die in den gegebenen U-Boote geben lassen. Diese Zusammenkunft umfing alle vor und während des Krieges gebauten U-Boote. Das sind im ganzen 810 U-Boote in Auftrag gegeben worden. Von diesen 810 U-Booten entfielen auf die Zeit vor dem Krieg 196 und auf die Zeit der Amtstätigkeit des Großadmirals von Tirpitz 196 und von mir hind in den zweiwöchentlichen Jahren meiner Amtstätigkeit 579 U-Boote in Auftrag gegeben worden. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Die von mir in Auftrag gegebenen U-Boote verteilten sich auf die einzelnen Jahre wie folgt: In den 9 Monaten meiner Amtstätigkeit des Jahres 1916 sind 90, im Jahre 1917 269 und in den 9 Monaten meiner Amtstätigkeit im Jahre 1918 220 U-Boote in Auftrag gegeben worden. Das Jahr 1918, das von ausschlaggebender Bedeutung war, ist tatsächlich etwas schlechter ausgefallen, aber dafür lagen politische Gründe vor.

### Der Berliner Metallarbeiterstreik beendet.

Berlin, 11. November. (Eig. Drahtnachricht.) Obwohl die Meister der Metallindustrie heute erst über die Wiederaufnahme der Arbeit abstimmen, haben fast sämtliche Werke ganz oder teilweise ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können, weil Tausende von Arbeitern sich um die Anordnungen des Metallarbeiterverbandes nicht mehr kümmern, sondern arbeiten gehen.

### Trotzdem noch ein Eisenbahnunglück!

Witz. Königsberg (Neumarkt), 11. November. Gestern vormittag fuhr auf dem Bahnhofs Neumarkt ein Güterzug auf eine Rangierabteilung auf. Hierbei wurden vier Personen getötet, eine schwer und 17 leicht verletzt.

### Kardinal Hartmann †.

Köln, 11. November. (Eig. Drahtnachricht.) Erzbischof Kardinal von Hartmann, 81 in der Nacht um 2 Uhr, nachdem er schon noch eine Lungentumorerkrankung ausgebreitet war, gestorben.

Kardinal Felix von Hartmann, Erzbischof von Köln, ist am 15. Dezember 1851 in Wülfrath (Westf.) geboren, besuchte von 1861 bis 1864 das Gymnasium Paulinum seiner Vaterstadt und von 1864 bis 1869 die Universität in Würzburg bei Goss. Seinen theologischen Studien lag er von 1870 bis 1874 an der Akademie zu Wülfrath und von 1875 bis 1880 in Rom an der deutschen Nationalität in An. Er erwarb sowohl den Doktorgrad der Theologie wie auch den des kanonischen Rechts. Im Jahre 1880 wurde Hartmann in Köln in Wülfrath und später in Gmünd (1880) zum Bischof ernannt und wurde 1911 Bischof in Wülfrath. Am 9. April 1913 wurde er Erzbischof in Köln in Wülfrath. Seine Ernennung zum Kardinal erfolgte am 28. Mai 1914. Bei dieser Gelegenheit erhielt er den Titel von Giovanni a Porta Latina.

### Wilson und der Versailler Vertrag.

Berlin, 11. November. (Eig. Drahtnachricht.) Das Journal Les Debats erklärt, aus zuverlässiger Quelle zu haben, daß Präsident Wilson den Amerikanern ge-

wogen habe, den Versailler Vertrag, dessen Annahme in Amerika sich so große Schwierigkeiten entgegenstellten, zurückzuziehen. In Deutschland wurde schon mit dieser Möglichkeit gerechnet. Das Welt meint, daß von Annahme oder Ablehnung des Vertrages in seiner jetzigen Form die ganze künftige Weltpolitik abhängt.

### Freigabe Mackensens?

Bern, 11. November. (Eig. Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat hat in seiner gestrigen Sitzung keine Resolution erlassen, Generalmarschall von Mackensen, der sich zurzeit in Saloniki befindet, in Berücksichtigung seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes sofort freizugeben und ihm die Heimreise zu ermöglichen. Der Oberste Rat ist ferner über-ein gekommen, an den Völkerrath zu seiner ersten Sitzung einen hindengenden Appell zu richten, alle Möglichkeiten zu erwägen, um die Situation zu klären, die entsteht angesichts der Verzögerung der Ratifizierung durch Amerika.

### Ein Trinkspruch Poincarés.

W.B. London, 11. November. In Beantwortung eines Trinkspruchs des Königs Georg im Buckingham-Palast sagte Poincaré u. a.: Anlässlich des Besuches im Jahre 1913 ist festgestellt worden, daß die beiden Mächte in lokalem Zusammenarbeiten die bedrohlichen Fragen des Orients, die damals auf der Welt lahmten, zu lösen sich bestreuten und daß Großbritannien und Frankreich unermüdlich dahin wirkten, daß auf dem Balkan die Feindseligkeiten nicht wieder ausbrachen. Aber die mystische Tat (!) von Sarajewo habe den Vertretern der Zentralmächte einen Vorwand geliefert, um die harmonische Einigung zu durchkreuzen.

### Bolschewisten-Amnestie.

W.B. Helsingfors, 11. November. Hinas. Die Bolschewisten kündigen die Veröffentlichung eines Dekrets an, welche eine Amnestie für gewisse politische und kriminelle Gefangene enthält.

### Die Entente erklärt die oberschlesischen Wahlen für ungültig.

Die Ergebnisse der Wahlen in Ober-Schlesien liegen noch nicht vollständig vor, jedoch läßt sich schon jetzt eine klare Linie der Mehrheits-Sozialisten feststellen. Die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung haben die Mehrheits-Sozialisten zu Protesten der Stimmen verloren, das Zentrum hat etwas gewonnen, die Deutschdemokraten sind fast gänzlich gelöst. Der Verlust der Mehrheitssozialisten ist zu geringen Teilen den Deutschen, überwiegend aber den Unabhängigen zu gute gekommen.

Ergänzend melden die „N. N.“ noch: Die Wahlen in Oberschlesien haben am Sonntag ohne Störung stattgefunden und einen Ausfall gezeigt, der für die deutsche Sache als nicht gerade günstig bezeichnet werden muß. Auf dem linken Lande haben, wie erwartet, die politischen Listen die große Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt; aber auch in Industrieerwerb, wo das deutsche Element am stärksten ist, haben die Polen große Erfolge errungen, und in einzelnen Städten, wie Hinderburg, Kattowitz, Königshütte, Gleiwitz und Eschwege, deren deutscher Charakter schließlich, ein Drittel bis die Hälfte der Sitze in den Gemeinden erobert. Die politische Beteiligung war reg und betrug 60 bis 75 Prozent.

Nach einer „Janus“-Mitteilung aus Paris beschloß der Oberste Rat, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß die Wahlen in Oberschlesien von den Alliierten als null und nichtig betrachtet würden, da sie der Freiheit der Volksabstimmung zuwiderlaufen. Der Rat stimmte dem Entwurf einer ablehnenden Antwort auf die deutsche Note betreffend Cuxen und Malmedy zu, wo die Deutschen eine Volksabstimmung durchgeführt haben und beschloß ferner die Besetzung der Gegend von Embrun durch griechische Truppen aufrecht zu erhalten, wobei die Besetzung einer politischen Abteilung dieses Gebietes nicht ausgeschlossen sei. Schließlich beschloß der Rat, den Reichsmarschall Mackensen, der sich gegenwärtig in Saloniki befindet, mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seine Gesundheit nach Deutschland heimzukehren zu lassen.

Aus Berlin erfahren wir noch, daß die prozentuale Autonomie Oberschlesiens Ende November auf Grund der neuerlichen Gemeinderatswahlen durchzuführen werden wird.

### Der Jahrestag.

Nun liegt der „Jahrestag“ hinter uns, der von rechtlicher Seite in ungezählten Stadien und Stufen nicht nur durch Neben, sondern auch trotz Neben, angestrichelt durch ausgedehnte — „Halle gezeichnet“ worden ist. Nur in wenigen Neben kam es zum Ausbruch, daß wir nichtig und wahrhaftig keine Veranlassung zu großen Revolutionen haben. So brachte uns die Rede des Ministers seine jene Rede, die wir gern längst schon aus eines Ministers Munde gehört hätten. Werden wir noch einmal einen Blick, einen kurzen Blick auf das Verhältnis Deutschlands zur Entente. Es ist ein „Gegensatzverhältnis“. Wir sind die Entente, für die es Recht und Gerechtigkeit nicht gibt. Wir werden als Schwermüder betrachtet, für die immer neue Strafen zu erfinden sind, während die Entente nichts als heiliges Recht tut, wenn sie ihre „Verbrechen“ in Waffen häuft. Just zum Jahrestage der deutschen Revolution bekamen wir aus amtlicher deutscher Quelle die Nachricht vorgelegt, daß die Entente sich bisher nur 3000 Ueber-tretungen der Waffenstillstandsbedingungen zuzurechnen kommen ließ. Macht im Durchschnitt pro Tag 8 bis 9 Ueber-tretungen oder alle 3 Stunden eine! So trüb es die Entente nicht eine Woche, sondern ein ganzes Jahr lang! Und so wird sie es auch in den nächsten Wochen und Monaten treiben, wie wir uns einmischen auch nicht der Hoffnung hingeben, daß die Franzosen sich besonders mit der Herausgabe der von ihnen zurück-behaltenen 450 000 deutschen Kriegsgefangenen befassen werden. Wie tief aber muß unter Ratio-nalbewußtsein gesunken, wie schwer er-tragt muß unser Volk sein, wenn wir es trotzdem nicht zu einer nationalen Gesell-schaftlichkeit gebracht haben! Gemeinnähe hat sich im gewöhnlichen Leben Menschen eher näher bringen als gemeinnähe Freunde. Leider trifft das für unser ganzes Volk bisher noch nicht zu. Diesem haben wir noch nicht den Gipfel an Wort ertiegen, der notwendig ist, damit das Sprichwort auch für unser ganzes Volk Geltung behält.

Seine, der preussische Minister des Innern, hat es knapp und dürr ausgesprochen: „Wenn so weiter regiert wird, bricht das ganze Reich zusammen!“ Wobei zu bemerken ist, daß eine mangelnde Regierungsmacht es soweit gebracht hat, daß nicht mehr viel da ist, was überhaupt noch zusammenbrechen könnte. Wolfgang keine wendet sich allerdings nicht gegen die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit, sondern er hat sich in der Saupfadde nur seinen alten Feindsgegner Erzberger aus Korn genommen. Der alte Kleeber am Ministerstuhl wird verfallen, aus diesen Angriff zu überleben und sein Regierungssystem recht weit ins zweite Revolutionsjahr hinein zu retten — zum Schaden der Allgemeinheit wie zum Schaden des Vaterlandes. Wir haben an dieser Stelle nie einen Best daraus gemacht, daß uns Erzberger ein Schädling innerhalb der Regierung ist. Darum auch hatten wir den dringenden Wunsch, daß die Demokratie nicht in die Regierung wieder eintreten solle, der Matthias Erzberger nach wie vor ansehrt. Wir sehen heute weiter: Die zur Gemütsheit Deutschlands sind die denkenden Männer aller Parteien aufzukommen und das nationalpolitische Feindespaar für die Zeit des Wiederaufbaues auszufüllen müssen, so ist es erforderlich, daß für die gleiche Zeit der ungeliebte Einfluß Erzbergers ausgeschaltet wird. Und zwar möglichst gründlich!

Wenn wir auf das erste Revolutionsjahr zurückblicken, dann wollen wir das positive Ergebnis gewiß nicht überblenden. Es ist ein teilweise Rahmen für einen demokratischen Staat geschaffen worden. Es war zweifellos ein schöner Erfolg dieses Jahres, daß wir vor einer Katastrophe der Minderheit verschont blieben. Darüber hinaus haben wir eine Verfassung erhalten, auf Grund deren in fünf oder sechs Monaten — vielleicht! — Grand Wahlen stattfinden können. Aber das ist doch alles nur — Rahmen, der Inhalt fehlt! Der Kampf ist heute auch nicht nur ein politischer, sondern zugleich auch ein wirtschaftlicher. Der Nationalismus von links sorgt schon dafür, daß es hier feste Grenzen nicht mehr gibt. Jeder Wirtschaftskampf, der heute von irgendeiner Arbeiterklasse begonnen wird, wird durch die Wildheit des Nationalismus sehr schnell auch zu einem politischen Kampfe. Schon aus diesem Grunde kommen wir am „Jahrestag“ nicht an einem Blick auf

Lohnfortschritt in jedem Fabrikat... (Vertical text on the left margin)

